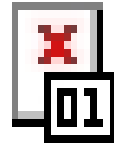


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung (Hybridsitzung)
am 25.03.2025 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Stefan Edler	
Herr Thomas Berger	unentschuldigt
Frau Sandra Gesche	
Herr Detlev von der Heide	unentschuldigt
Herr Olaf Manthey	entschuldigt, i. V. Herr Jens Wylegalla
Herr Jörg Niendorf	unentschuldigt
Herr Dargo Porath	
Herr Rajko Prill	
Frau Doreen Schulze	

Sachkundige Einwohner

Herr Marijo Ferencak	
Herr Sebastian Gresens	entschuldigt
Herr Detlef Klucke	
Herr Silvio Pape	

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin
Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete, Leiterin des Dezernates III
Herr Johannes Ferdinand, Beigeordneter, Leiter des Dezernates I, Kämmerer
Frau Ilka Leistner, Amtsleiterin des Hauptamtes
Frau Bettina Rausch, Amtsleiterin des Straßenverkehrsamtes
Frau Anett Thätner, Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes
Frau Franziska Neubert, Amtsleiterin des Rechtsamtes
Herr Horst Förster-Schüz, Amtsleiter der Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde
Herr Rainer Grunert, Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
Herr Silvio Kahle, Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz/Kreisbrandmeister im Ordnungsamt

Frau Kerstin Reiter, Sachgebietsleiterin Kreisentwicklung im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, SG Kreisentwicklung
Frau Jenny Fechner, Sachbearbeiterin Zentrales Controlling/Fachadministration in der Kämmerei
Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:57 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.10.2024*
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Information zur Einrichtung und den Betrieb der Katastrophenschutz-Leuchttürme im Landkreis Teltow-Fläming
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder
Beschlussvorlagen
- 7 Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen B-7-5553/25-I
- 8 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2025 B-7-5555/25-I
Anträge
- 9 Antrag der AfD-Fraktion - Resolution - Keine weiteren Windräder im Landkreis Teltow-Fläming! AN-7-5516/24-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung.

Herr Edler lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen, die vom Ausschuss bestätigt wird.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.10.2024

Die Niederschrift kann nicht behandelt werden, da sich diese noch in Bearbeitung befindet.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend, die zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen stellen möchten, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Biesterfeld möchte anhand einiger Folien, die von der Deutschen Flugsicherung zur Verfügung gestellt wurden (im Ratsinformationssystem einsehbar), einige kurze Informationen aus der am 04.03.2025 stattgefundenen Sitzung der Fluglärmkommission geben. Sie bezieht sich hierbei auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung, in der über die Einführung der satellitengestützten Navigation am Flughafen BER berichtet wurde. Am 04.03.2025 teilte die Deutsche Flugsicherung mit, dass dazu die Unterlagen eingereicht wurden und das Verfahren im Augenblick planmäßig läuft, so dass davon auszugehen ist, dass diese Verfahren am 30.10.2025 tatsächlich in Nutzung genommen werden, gleichzeitig auch die segmentierten Anflüge für den Flughafen BER. **Frau Biesterfeld** bewertet dieses als großen Erfolg für die Westseite des Flughafens, also den Landkreis Teltow-Fläming. Sie geht auf einzelne Fluglinien ein, die in verkehrsarmen Zeiten eine Entlastung erwarten lassen.

Herr Wylegalla bedankt sich bei Frau Biesterfeld für deren Informationen. Er selbst nimmt Bezug auf die Ortsteile Ahrensdorf und Gröben der Stadt Ludwigsfelde, die sehr stark belastet sind. Gern hätte er über die Flughöhe, die Bedeutung der Segmentierung, die Regelmäßigkeit und den Beginn der Einführung Näheres erfahren.

Die Fragen werden umfassend von **Frau Biesterfeld** beantwortet.

Auf Nachfrage des **Herrn Wylegalla**, ob die gezeigten Folien zur Verfügung gestellt werden können, erklärt **Frau Biesterfeld**, dass diese zum Protokoll gegeben werden.

Herr Klucke fragt an, ob es bei den Abflügen irgendwelche Veränderungen gibt. Daraufhin erklärt **Frau Biesterfeld**, dass die segmentierten Verfahren nur für Anflüge, nicht jedoch für Abflüge gelten.

Herr Edler ist der Ansicht, dass diese modernen Anflugverfahren bei gutem Wetter zumindest der Stadt Ludwigsfelde von Nutzen sind.

TOP 5

Information zur Einrichtung und den Betrieb der Katastrophenschutz-Leuchttürme im Landkreis Teltow-Fläming

Herr Edler geht darauf ein, dass hierzu bereits ein Vortrag im Kreisausschuss gehalten wurde.

Frau Biesterfeld nimmt ebenfalls auf die angesprochene Vorlage im Kreisausschuss Bezug. Sie erläutert die Notwendigkeit der bestehenden Beratungsfolge. **Frau Biesterfeld** erwähnt hinsichtlich der Katastrophenschutz-Leuchttürme die große Förderung des Landes im Rahmen des Brandenburg-Paketes, die eine schnelle Umsetzung im Jahr 2024 erforderlich machte. Sie bedankt sich beim Bereich Brand- und Katastrophenschutz, dem dieses gelungen ist, was

nicht in allen Landkreisen der Fall war. Derzeit werden Vereinbarungen mit den Kommunen geschlossen, da die Netzersatzanlagen u. ä. im Eigentum des Landkreises bleiben.

Anschließend geht **Frau Biesterfeld** detailliert auf die Bedeutsamkeit von Katastrophenschutz-Leuchttürmen ein. Sie verweist auf die einzelnen Standorte, die bereits mit den Dokumenten zum Kreisausschuss veröffentlicht wurden. Im Falle einer Blackout-Lage werden die entsprechenden Anlagen dann in Betrieb genommen. Die Standorte können auch später nochmals geändert werden, falls ein besserer Ort dafür gefunden wird.

Frau Biesterfeld hebt hervor, dass man nunmehr im Landkreis insgesamt ein wenig besser für solche Situationen gewappnet ist. Sie lässt Broschüren zu den Katastrophenschutz-Leuchttürmen im Landkreis Teltow-Fläming im Ausschuss verteilen, welche die wichtigsten Informationen dazu festhalten. **Frau Biesterfeld** geht davon aus, dass diese Broschüre auch in den Kommunen vorhanden sein dürfte.

Herr Wylegalla hat eine Verständnisfrage zur Betriebsdauer, die von **Frau Biesterfeld** beantwortet wird. Diese erklärt, dass die Netzersatzanlage, die dort den Strom zur Verfügung stellt, wenigstens 72 Stunden funktionieren sollte.

Herr Ferencak fragt an, ab wann diese Katastrophenschutz-Leuchttürme in Betrieb genommen werden, entweder sofort nach dem Blackout oder erst nach 1 bis 2 Tagen. **Frau Biesterfeld** erklärt, dass diese, sobald die Situation besteht, in Betrieb gehen, was von ihr näher erläutert wird.

Herr Ferencak geht davon aus, dass diese Anlage auch sehr gefährdet ist. Daher hätte er gern erfahren, ob auch ein Konzept zu deren Schutz vorhanden ist, welches von **Frau Biesterfeld** bestätigt wird.

Des Weiteren hätte **Herr Ferencak** gern gewusst, in welcher Art und Weise dieses erfolgt, worauf **Frau Biesterfeld** die Sicherheit erwähnt und erörtert, dass es auch Sache der einzelnen Kommune ist, wie sie das vor Ort umsetzt.

Herr Pape fragt an, nach welcher Maßgabe die Anzahl der Standorte berechnet wurde, da ihm jeweils 2 Standorte für Blankenfelde-Mahlow oder für Ludwigsfelde, also Kommunen mit je über 30.000 Einwohnern, etwas wenig erscheinen.

Frau Biesterfeld bezieht sich hier auf die Arbeitsgruppe, in der dieses besprochen wurde. Sie verweist zur Erläuterung an Herrn Kahle, den Leiter des Sachgebietes Brand- und Katastrophenschutz und Kreisbrandmeister, der den Inhalt der Gespräche und die Erwägungen in der Arbeitsgruppe besser wiedergeben kann.

Herr Kahle spricht die Gesamtförderung für die Errichtung von insgesamt 19 Katastrophenschutz-Leuchttürmen an, deren Anzahl vom Land über die Konzeption vorgegeben wurde. Hier wurden Einwohner, aber auch Flächengrößen in den Kommunen berücksichtigt. Somit wurden für Kommunen mit über 20.000 Einwohnern 2 Standorte eingerichtet. Zur weiteren Aufteilung gibt **Herr Kahle** zusätzliche Auskünfte. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die komplette Umsetzung von 19 Katastrophenschutz-Leuchttürmen erfolgte, welche aus einer Abstimmung in der Arbeitsgruppe hervorging.

Herr Prill hätte gern erfahren, was nach den 72 Stunden geschieht, wenn keine Behebung erfolgen konnte.

Darauf geht **Herr Kahle** detailliert ein. Er erklärt, dass mit einzelnen Einrichtungen Vereinbarungen getroffen wurden, so dass nach der vorhandenen Planung ein nahtloser Weiterbetrieb dieser Standorte möglich sein wird.

Herr Pape erwähnt Kommunen, wie z. B. Ludwigsfelde, deren Ortsteile näher an Trebbin anschließen als an Ludwigsfelde selbst. Er fragt an, wie dort die Situation aussieht und ob die dortigen Einwohner dann nach Ludwigsfelde gehen müssen oder diese auch die Katastrophenschutz-Leuchttürme beispielsweise in Trebbin nutzen können.

Frau Biesterfeld erklärt dazu, dass zu dem Leuchtturm gegangen werden kann, wo man sich befindet und wenn der Bedarf dazu besteht. Hierzu verweist sie auf die vorhandene Karte.

Herr Edler fragt an, ob eine Nutzung der mobilen Hotspots durch die sich in der Nähe befindlichen Personen möglich ist oder diese nur für strategische Aufgaben gelten. Hierauf bestätigt **Frau Biesterfeld**, dass diese nur für die Krisenkommunikation der entsprechenden Stellen vorhanden sind.

Herr Prill geht auf die Erreichbarkeit der Standorte ein. Er fragt an, wie es sich zum Beispiel beim Fehlen von Strom und Kraftstoff verhält und wie die Personen dann zu den Katastrophenschutz-Leuchttürmen gelangen sollen.

Frau Biesterfeld erklärt insoweit, dass man sich bei gegebener Krisensituation auch gegenseitig verständigen, helfen und informieren soll, was auch aus der Broschüre hervorgeht. Daher ist eine Vorabinformation wichtig.

TOP 6

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Klucke bezieht sich auf seine Aussagen aus einer vorangegangenen Sitzung zur schlechtesten Straße im Landkreis Teltow-Fläming, und zwar der L 791 in Mellensee. Er fragt an, ob es in der Zwischenzeit bereits Beratungen mit dem Landesbetrieb Straßenwesen und Vorschläge dazu gab und geht nunmehr davon aus, dass es demnächst Beratungen zu der Straße geben wird.

Frau Wehlan informiert darüber, dass es bereits einen Beratungstermin gab, der jedoch abgesagt wurde. Sie betont, dass es, wie jedes Jahr, einen solchen mit dem Landesamt Straßenwesen geben wird, in welchem die Möglichkeit besteht, auf besondere Gefahrenlagen aufmerksam zu machen. Das Thema Landesstraße wird jedoch zunächst selbst vom Landesstraßenbetrieb verantwortet. **Frau Wehlan** weist darauf hin, dass es zur Thematik Straßenausbau auch in Anbetracht der Einsparnotwendigkeiten Restriktionen gibt, die sich mit den finanziellen Möglichkeiten verbinden.

Herr Klucke hebt auch die schlechte bzw. nicht eindeutige Beschilderung der benannten Straße hervor und unterbreitet den Vorschlag, hierzu dem Landesbetrieb Straßenwesen einen Arbeitsauftrag zur Prüfung zu geben, auch unter Beachtung der Gefahrenlage und der Schulwegsicherung. **Herr Klucke** geht näher auf die Beschilderung ein, da in der Straße am Bahnhof die 30 km/h nicht nur für LKW gelten sollten. Auch die Aufhebung des Schildes an der Brücke, die genauso schlecht ist wie die gesamte Straße, sollte berücksichtigt werden.

Herr Ferdinand fragt zwecks Zuständigkeit nach, ob es sich hierbei tatsächlich um eine Landesstraße handelt. Er wird diesen Punkt mitnehmen.

Frau Schulze informiert darüber, dass sie in ihrer Funktion als Vorsitzende des Bauausschusses der Gemeinde Am Mellensee eine Anfrage an den Landesbetrieb Straßenwesen hinsichtlich der Sanierung der Bahnhofsallee in der Gemeinde sandte und in der letzten Woche auch eine Antwort darauf erhielt. **Frau Schulze** erklärt, dass auf Grund von

Personalmangel etc. eine entsprechende Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen ist.

Herr Klucke äußert sich dazu, dass diese Antwort nicht zufriedenstellend sein kann.

Herr Edler stellt klar, dass es sich hierbei um 2 verschiedene Sachverhalte handelt, einmal der schlechte Zustand der Straße, des Weiteren die irreführende Ausschilderung.

Frau Schulze teilt mit, dass teilweise die Beschilderungen von Anwohnern, die damit ihrer Verärgerung Ausdruck verleihen, gestohlen werden. Sie bietet an, das benannte Schreiben des Landesbetriebes dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Klucke weist darauf hin, dass es auch Straßen gibt, die mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h sehr gut funktionieren und gibt dazu als Beispiel Groß Machnow an. Jedoch sieht er durch die komplette Begrenzung auch eine lange Verzögerung des LKW-Verkehrs.

Herr Edler bezieht sich auf eine vorige Sitzung, in der Herr Prill mehrere Fragen zum Zustand der Brücken gestellt hat. Die entsprechende Antwort wird dem Protokoll beigelegt.

Beschlussvorlagen

TOP 7

Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen (B-7-5553/25-I)

TOP 8

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2025 (B-7-5555/25-I)

Herr Edler führt zur vorliegenden Haushaltssatzung und deren Anlagen aus, vermisst aber in der Liste, dass die einzelnen Positionen nicht mit Zahlen unterlegt sind.

Herr Ferdinand geht anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die im Nachgang über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, auf einzeln angesprochene Themen, wie Schulkostenbeiträge und Kosten im Zusammenhang mit dem Museumsdorf Glashütte, näher ein. Er bittet um Verständnis, dass bei den mittel- und langfristigen Maßnahmen noch keine Beträge benannt werden können.

Herr Wylegalla nimmt an, dass ein Haushaltssicherungskonzept jährlich abgefasst wird und man sich nur über die kurzfristigen Angelegenheiten verständigen sollte. Er sieht daher mittel- und langfristige Themen, wie beispielsweise Glashütte, noch nicht im dazugehörigen Fokus.

Herr Ferdinand widerlegt die Ansicht von Herrn Wylegalla und stellt klar, dass der Kreistag sich auch zu den mittel- und langfristigen Maßnahmen oder auch zu den freiwilligen Aufgaben positionieren sollte, da entsprechende Fragen vom Ministerium erwartet werden, was von **Herrn Ferdinand** detailliert erörtert wird.

Herr Wylegalla bedankt sich bei Herrn Ferdinand für die gute Darstellung der Zusammenhänge. Er sieht jedoch vor Erstellung des Haushaltes im April 2025 noch Klärungsbedarf hinsichtlich der Kosten für Glashütte. **Herr Ferdinand** erläutert die Gründe für die Aufnahme als Maßnahme im Haushaltssicherungskonzept.

Herr Edler geht auf die Übersicht näher ein und erklärt zu einzelnen Positionen seinen Standpunkt. Er verweist insbesondere im Falle von Veräußerungen darauf, dass im nächsten

oder übernächsten Jahr daraus keine Einnahmen mehr erwartet werden können. **Herr Edler** stellt dar, dass das Defizit nicht nur unseren Landkreis betrifft, sondern bis auf Bundesebene hinaus besteht.

Herr Ferdinand ist zuversichtlich, wenn es geschafft wird, ein überzeugendes Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, dass das Ministerium die entsprechenden Kredite genehmigen wird.

Frau Wehlan bekräftigt, dass der Landkreis in Anbetracht der Haushaltssicherung nicht um die Beilegung eines Haushaltssicherungskonzeptes zur Haushaltssatzung kommt. Dieses ist mit sofort wirksamen Maßnahmen und mit Prüfsachverhalten zu versehen, was von ihr detailliert erläutert wird. Am Beispiel „Rettungsdienst-Eigenbetrieb“ wird das von ihr verdeutlicht. In Anbetracht der Situation geht **Frau Wehlan** nicht davon aus, dass sich in 3 Jahren die wirtschaftliche Entwicklung derartig gebessert hat. Des Weiteren hebt sie die Beschreibung von Prüfsachverhalten als eine Aufgabe der Haushaltssicherung hervor. Zu guter Letzt plädiert sie dafür, die Chance zu haben, gemeinsam mit den Fachämtern und den Produkt- bzw. Budgetverantwortlichen Antworten geben zu können.

Herr Edler äußert sein Missfallen über einzelne Positionen der Aufstellung.

Herr Porath spricht die Position 7 der Liste an, den Boden-Geo-Pfad in Sperenberg. Er sieht ein, dass überall Einsparungen vorgenommen werden müssen. Derzeit würde jedoch die Übernahme durch die Gemeinde, die ebenfalls in die Haushaltssicherung kommt, ein großes Problem darstellen, was von **Herrn Porath** ausführlich erörtert wird.

Seine Bitte wäre daher, dass im Landkreis erneut darüber nachgedacht wird, dass die 15.000,00 € noch einmal von diesem gezahlt werden, bis es eventuell Sperenberg oder Am Mellensee ein wenig besser geht. Im Winterhalbjahr gibt es zahlreiche Unterstützung beim Boden-Geo-Pfad, jedoch ist das in den Sommermonaten nicht der Fall, da die bisherigen Helfer ihre eigenen Grundstücke zu bewirtschaften haben. Daher fehlt die Zeit, auf dem Boden-Geo-Pfad noch Gras zu mähen und den kleinen Verschnitt durchzuführen, so dass der Pfad bewanderbar ist. Sofern ein Jahr lang diese Tätigkeiten nicht erfolgen, ist davon auszugehen, dass der Boden-Geo-Pfad zugewachsen ist.

Herr Ferdinand erläutert, dass die Pflege des Pfades eine originäre Aufgabe der jeweiligen Gemeinde ist, was auch die Verkehrssicherungspflicht betrifft. Insoweit geht **Herr Ferdinand** davon aus, dass in der Vergangenheit bereits Aufgaben vom Landkreis übernommen wurden, die er nicht hätte übernehmen müssen.

Auf die Nachfrage von Herrn Edler hebt **Herr Ferdinand** hervor, dass die ernsthafte Befassung mit den Themen Verbesserung und Sanierung es auch bedingt, sich mit kleinen Sachen zu beschäftigen, was auch vom Ministerium auferlegt wird.

Frau Biesterfeld unterbreitet zur schnelleren Abwicklung der Positionen den Vorschlag, dieses wie bei der Vorstellung der einzelnen Produkte durch die jeweiligen Produktverantwortlichen, die auch anwesend sind, durchzuführen. Es könnten somit die einzelnen Produkte kurz vorgestellt und deren Besonderheiten in diesem Haushalt erörtert und aufgezeigt werden, welche Konsolidierungsmaßnahmen sich dort abbilden.

Herr Edler bedankt sich für den Hinweis von Frau Biesterfeld, schlägt jedoch vor, anhand der vorgelegten Liste vorzugehen, insbesondere auf die Abweichungen oder eventuellen Einsparungsbedarf hinzuweisen.

Herr Wylegalla begrüßt die Vorgehensweise, hätte jedoch gern im Anschluss daran noch 6 Fragen gestellt, die ihm aufgetragen wurden.

Dezernat I

Hauptamt

Produkt 111180, Neu-, Aus- und Umbau von Gebäuden

Frau Leistner als Amtsleiterin des Hauptamtes bezieht sich auf die aufgelisteten Produkte, die sich in ihrer Zuständigkeit befinden. Sie würde sich auf Grund der erbetenen Kürzung auf die Vorstellung der geplanten Investitionen in 2025 beschränken. Die dazugehörige Präsentation ist im Nachgang im Ratsinformationssystem einsehbar.

Frau Leistner betont, dass das Hauptamt ein Querschnittsamt ist, im Prinzip als Dienstleister für alle Ämter zu sehen ist und daher die entsprechenden Produkte in den anderen Ämtern geplant sind. Sie geht weiterhin auf die Kosten der einzelnen Bauinvestitionen (siehe Seite 4 der Präsentation) näher ein.

Herr Wylegalla spricht die Modullösung Oberschule Ludwigsfelde mit 3,6 Mio. € an. Er fragt nach, ob die Container in der Zeit gemietet oder gekauft sind bzw. diese sich im Eigentum des Kreises befinden.

Frau Leistner bestätigt, dass diese gekauft sind und der Auftrag dazu erteilt wurde.

Produkt 111190, Grundstücksangelegenheiten

Frau Leistner bezieht sich hier ebenfalls auf ihre Präsentation und erwähnt, dass auch außerordentliche Erträge geplant wurden, und zwar der Verkauf von Liegenschaften. Als Beispiele werden von ihr die Große Straße 101 in Jüterbog, ein Chausseehaus in Rangsdorf, ein Haus in Luckenwalde und der Saalower Berg in der Gemeinde Am Mellensee benannt.

Produkt 252020, Museumsdorf Glashütte

Frau Leistner erklärt, dass Herr Ferdinand zum Museumsdorf Glashütte bereits detailliert ausgeführt hat. Die Aufwendungen werden geplant im Jahr 2025 mit 151.000,00 €. Dem stehen Erträge von 135.000,00 € gegenüber. Die Erträge setzen sich aus Vermietung und Verpachtung zusammen.

Produkt 542010, Kreisstraßen

Frau Leistner erläutert dazu die Seiten 7 und 8 ihrer Präsentation.

Herr Wylegalla bezieht sich dazu auf das Haushaltssicherungskonzept, Seite 307 bis Seite 320, Baumaßnahmen Neubau Radweg an der K 7236 von Groß Machnow im Landkreis Teltow-Fläming bis zur Landkreisgrenze Dahme-Spreewald.

Frau Leistner erörtert, dass es sich hierbei jedoch um eine mittelfristige Maßnahme handelt.

Da **Herr Wylegalla** zu dem Punkt weiter ausführen möchte, verweist **Frau Leistner** auf den noch folgenden Vortrag, unterteilt in Aufwand und Investitionen.

Sie hebt die Baumaßnahme Ortsdurchfahrt Gräfendorf mit 1.450.000,00 € (in 2025) gesondert hervor und erläutert diese, auch im Hinblick auf die dazu vom Land eingehenden Fördermittel.

Herr Wylegalla hält nach Einschätzung die Erneuerung des Radweges nach Zülichendorf tatsächlich für dringend. Daher stellt er die Frage, warum dort die Fahrbahn gleich mitsaniert werden soll. Gleichmaßen fragt er an, wie hoch die Einsparungen wären, wenn man nur den Radweg erneuert.

Hierauf entgegnet **Frau Leistner**, dass dieses zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden kann, da die 100.000,00 € Planungskosten sind und sich der Landkreis erst in der Vorbereitung befindet.

Herr Wylegalla hätte gern dazu langfristig eine Antwort. Aus seiner Sicht ist die Fahrbahn/Straße nicht unbedingt zu erneuern, der Radweg jedoch schon.

Des Weiteren fragt **Herr Wylegalla** an, welche Begründung dem Bauvorhaben auf der Seite 402 vorliegt, K 7219 von Zülichendorf nach Nettgendorf. Hier fiel auf Seite 405 auf, dass die dazugehörige Begründung wörtlich der Begründung der Baumaßnahme von Zülichendorf nach Nettgendorf entspricht. Er fragt deshalb an, welche Begründung jetzt konkret dem Bauvorhaben Dobbrikow – Nettgendorf zugrunde liegt.

Hierzu legt **Frau Leistner** dar, dass es sich dabei um eine Straße mit Planungskosten in Höhe von 80.000,00 € handelt. Sie möchte voranstellen, dass für alle Investitionsmaßnahmen an Straßen ein gewisser Vorlauf an Planungskosten erbracht werden muss, um die Fördermittel zu beantragen. In Absprache mit Herrn Ferdinand wird keine Maßnahme, Baumaßnahme bei Straßeninvestition erfolgen, wenn die Fördermittel nicht eingehen. **Frau Leistner** hebt hervor, dass ein Vorlauf geschaffen werden muss, so auch bei den Planungskosten für Nettgendorf nach Dobbrikow. Ferner deutet sie darauf hin, dass sich dort in einem Bereich eine Brücke befindet, die sich senkt, was bereits mit vielen Schwierigkeiten, wie Fahrbahneinschränkungen, verbunden war. Daher und auch auf Grund der Gefahr ist die Maßnahme zwingend erforderlich.

Herr Edler hat eine kurze Zwischenfrage zu der Folie 8 der Präsentation, Punkt Alleepflanzungen. Er fragt nach, ob es sich jetzt dabei um notwendige Maßnahmen oder Schönheitsmaßnahmen handelt.

Frau Leistner erklärt, dass es nicht um Schönheitsmaßnahmen geht. Sie erklärt, dass der Landkreis jahrelang nicht hintereinander gepflanzt hat. Daher handelt es sich um sogenannte Pflanzschulden, die aufgeholt werden müssen.

Produkt 542030, Kreisstraßenmeisterei

Frau Leistner erörtert, dass die Kreisstraßenmeisterei die betriebliche Unterhaltung der Kreisstraßen durchführt. Hierbei handelt es sich um Pflichtmaßnahmen.

Herr Prill fragt an, in welchem Zeitraum die Planungen abgehandelt werden müssen, bevor eventuell wieder eine neue Planung erfolgen muss. Auf Nachfrage zum Verständnis fragt **Frau Leistner** nach, ob dieses so zu verstehen ist, ob die Planung aktualisiert werden muss, welchem **Herr Prill** zustimmt.

Frau Leistner bekräftigt, dass dieses natürlich möglich ist. Sollten sich wesentliche Rechtsgrundlagen ändern, muss eine Anpassung erfolgen. Selbstverständlich kann man die Planung weiter nutzen.

Herr Wylegalla fragt Frau Leistner, ob in deren Bereich auch Bewirtschaftungskosten für kreiseigene Liegenschaften, wie Gebäude, z. B. das Kreishaus, fallen.

Frau Leistner legt dar, dass diese Übersichten nicht mitgebracht wurden, da diese nicht in Zuständigkeit dieses Ausschusses sind. Sie kann diese Informationen jedoch gerne zum Protokoll nachreichen.

Herr Wylegalla wäre dankbar, wenn er dazu 2 Fragen mitgeben dürfte, mit dem **Frau Leistner** einverstanden ist.

Herr Wylegalla erwähnt dazu die Bewirtschaftungskosten bei kreiseigenen Liegenschaften. Im Haushaltsentwurf, Seite 92 und 100, wird davon ausgegangen, dass die Kosten für Strom und Gas steigen. Demgegenüber stehen allerdings gesunkene Kosten, Stromkosten. Es wird auch darauf verwiesen, dass die dazugehörige Rechnung/Verbrauchsrechnung erst im Folgejahr eingeht.

Herr Wylegalla ist nach Absprache der Ansicht, dass anhand der bisherigen mittleren Verbrauchszahlen es doch recht gut möglich sein könnte, eine Aufschlüsselung der Bewirtschaftungskosten und der Verbrauchszahlen Strom, Wasser, Gas, Reinigung, Gebäudeversicherung, Wartung für jede Liegenschaft für die Jahre 2022, 2023 und 2024 aufzustellen, um hinterfragen zu können, warum man für 2025 von steigenden Bewirtschaftungskosten ausgeht.

Frau Leistner fragt bei Herrn Wylegalla aus Aufwandsgründen nach, ob er diese Übersicht für alle Liegenschaften, für alle Gebäude benötigt oder es ihm am Beispiel des Kreishauses ausreichen würde.

Darauf entgegnet **Herr Wylegalla**, dass ihm persönlich die Aufstellung zum Kreishaus reichen würde, sofern eine Liste vorhanden wäre, welche Liegenschaften noch insgesamt zum Landkreis gehören, um sich dort die Aufschlüsselung zu ersparen.

Frau Leistner stellt fest, dass eine Übersicht vorhanden ist, zum Beispiel über Schulen und übrige Liegenschaften.

Herr Ferdinand erklärt Herrn Wylegalla, dass die einzelnen Liegenschaften auch aus den Jahresabschlüssen erkennbar sind und dort als Aktiva, also als Eigentum des Landkreises, ausgewiesen sind. **Herr Wylegalla** ist mit der Übersicht zum Kreishaus einverstanden.

Des Weiteren hat er noch eine Frage, bezogen auf Seite 84 im Haushaltssicherungskonzept, zur Nutzung von Durchlauferhitzern. Die Beschreibung ist hier unklar. Daher fragt **Herr Wylegalla**, was damit gemeint ist. Soll das Kaffee- oder Teewasser in Zukunft mit Durchlauferhitzern erwärmt werden anstatt mit Wasserkochern oder Kaffeemaschinen? Oder soll das Wasser für das Geschirrspülen erwärmt werden?

Frau Leistner erläutert die Überlegungen, die für die Anschaffung von Durchlauferhitzern sprechen. **Herr Wylegalla** schließt daraus, dass somit Kosten gespart werden sollen für die zentrale Aufbereitung.

Eine weitere Frage des **Herrn Wylegalla** bezieht sich auf die Alarmierungsanlage, insbesondere Erneuerung und Erweiterung der Alarmierungsanlage sowie der Datennetzverkabelung im Kreishaus, Seite 183. Es geht daraus hervor, dass die bestehende Alarmierungsanlage defekt war und bereits erneuert wurde. Diese ist so ausgelegt, dass sie das gesamte Kreishaus normgerecht alarmieren kann, jedoch muss die Leitungsanlage erneuert werden, so dass sie auch im Brandfall funktionsfähig bleibt.

Für **Herrn Wylegalla** stellt sich die folgende Frage: Wenn eine Alarmierungsanlage normgerecht abgenommen wird, warum setzt man hier nochmals 5,3 Mio. € an, um das Kreishaus normgerecht alarmieren zu können? Er fragt weiterhin nach, ob normgerecht

bedeutet, dass eine Alarmanlage im Brandfall ausfällt. Gleichzeitig hätte er gern erfahren, wieso eine normgerechte Alarmanlage nicht in alle Büros gehört.

Frau Leistner erörtert, dass es hier nicht nur um die Alarmierungsanlage geht, sondern um die Neuverkabelung des gesamten Hauses zur Herstellung der Sicherheit der IT. Es handelt sich um keine automatische Alarmierung, diese kann zurzeit nur manuell erfolgen.

Herr Ferdinand ergänzt zur vorangegangenen Anfrage des Herrn Wylegalla zu den Durchlauferhitzern in den Teeküchen, Nr. 38, dass es sich bei den von Frau Leistner beschriebenen knapp 27.000,00 € um eine Mittelfristmaßnahme handelt.

Da es gegen die Darlegungen zu den Produkten des Hauptamtes keine Einwendungen gibt, gelten diese als abgestimmt.

Dezernat III

Produkt 511050, Flughafenbelange

Frau Biesterfeld erläutert, dass in diesem Produkt das Büro des Fluglärmschutzbeauftragten und das der Schallschutzberatung der Landkreise angesiedelt sind und dort überwiegend mit Fördermitteln gearbeitet wird. Die Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten ist durch eine Fördervereinbarung mit dem Land dauerhaft abgesichert und wird alle paar Jahre neu verhandelt. Bei der Schallschutzberatung handelt es sich um eine jährliche Förderung. Die Förderzusage für dieses Jahr, der man mit Hoffnung entgegenseht, ist bislang noch nicht erfolgt.

Frau Biesterfeld verweist auf die Konsolidierungsmöglichkeit in der Mittelfristüberlegung in der Schallschutzberatung. Bis zum Ende des Jahres können Bürgerinnen und Bürger rund um den Flughafen BER noch Anträge stellen, die innerhalb von 3 Jahren, so die Vorgaben des Flughafens, abgearbeitet werden. **Frau Biesterfeld** geht anschließend von einem sukzessiven Abbau der Stellen aus, so dass dann die Personalkosten entfallen würden. Diese Konsolidierungsmaßnahme wurde in den Vorschlägen für das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen.

Gegen die Ausführungen zum Produkt Flughafenbelange gibt es keine Einwände, so dass hier seitens des Ausschusses Einverständnis besteht.

Ordnungsamt

Produkt 126010, Brandschutz

Produkt 128010, Katastrophenschutz

Herr Kahle erklärt anhand seiner Präsentation, die im Nachgang über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, dass in den Produkten Brand- und Katastrophenschutz die Planansätze noch unterboten wurden. Er geht u. a. auf die Mehraufwendungen zu den tatsächlichen Energiekosten im Bereich Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ), die Kosten für Fahrzeugunterhaltung auf Grund des steigenden Alters der Fahrzeuge und steigende Unterhaltungskosten ein. Gleichzeitig verweist er darauf, dass im letzten Jahr die Satzung für die Entschädigung der Kreisausbilder beschlossen wurde, welche in diesem Jahr auch zum Tragen kommt.

Weitere Mehrkosten entstehen zusätzlich durch die neuen Regelungen zu Lohnersatzkosten bei den Lehrgangsteilnehmern. In den letzten Jahren sind Ausbildungsmaterialien in größerem

Umfang nicht beschafft worden, was in diesem Jahr erfolgen muss. Auch zusätzliche Unterhaltungskosten für die Krisenkommunikation, also für Starling und andere Satellitenkommunikationsanlagen sowie für die Netzersatzanlagen der Katastrophenschutzleuchttürme, werden weiter zu Buche schlagen.

Als eine der Konsolidierungsmaßnahmen wird von **Herrn Kahle** die Erarbeitung einer Gebührensatzung für die Leistung des Feuerwehrtechnischen Zentrums benannt, welche bisher noch ausstand. Dieses betrifft auch die Gebührensatzung für die Brandverhütungsschauen, die ebenfalls evaluiert wird. Weiterhin geht **Herr Kahle** auf die Möglichkeit der Geltendmachung von erhöhten Förderquoten bei Fördermittelanträgen ein. Auch Überprüfungen des Zweckverbandes bzw. der Unterhaltung der Regionalleitstelle könnten eventuell ebenfalls zu Kosteneinsparungen führen.

In Bezug auf Investitionen verweist er auf die von Frau Leistner angesprochenen Planungskosten, hier insbesondere für die B-Plan-Erstellung. Hierbei geht es um 200.000,00 €, die sich auf 2 Jahre aufteilen.

Herr Kahle hebt eine Maßnahme hervor, die aus dem letzten Jahr in dieses Jahr verschoben wurde, welches die Erneuerung des Digitalen Alarmierungsnetzes betrifft. Auf Grund von Aufkündigung von Supports der Anlagen muss hier sukzessive eine Erneuerung erfolgen.

Herr Wylegalla bezieht sich auf die von Herrn Kahle erwähnten Überprüfungen der Gebührenordnungen für Gebäude und für Brandschau sowie der nochmaligen Überprüfung der Fördermittel. Ansonsten sieht **Herr Wylegalla** nur steigende Kosten. Gern hätte er anhand einer Zahl gewusst, ob hier mehr oder weniger ausgegeben wird und wenn ja, wie viel.

Herr Kahle macht darauf aufmerksam, dass man sich mit 28.000,00 € unter dem Planansatz bewegt und mithin weniger Geld ausgegeben wird.

Herr Wylegalla geht im Hinblick auf steigende Ausgaben davon aus, dass es sich hier nur um die Streckung der Planungskosten handeln kann, worauf **Herr Kahle** erklärt, dass hierbei von Unterhalt, nicht jedoch von Investitionen gesprochen wird.

Auch gegen die Vorstellung der Produkte Brand- und Katastrophenschutz gibt es keine Einwände, so dass auch diesen zugestimmt wird.

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde

Produkt 521010, Bauordnungsverfahren

Herr Förster-Schüz stellt das Produkt Bauordnungsverfahren vor und erwähnt zunächst, dass man sich in Planung mit 3 Mio. € an Sollstellungen für den Genehmigungsbereich befindet. Dieses ist zum Ist 2024 höher, da davon ausgegangen wird, dass die Bauanträge wieder zunehmen werden. An sonstigen Gebühren außerhalb des Genehmigungsbereiches rechnet man mit 1,160 Mio. € an Sollstellungen.

Im Bereich Bußgeld wurde in diesem Jahr ein höherer Betrag, nämlich 80.000,00 €, angesetzt auf Grund von 2 Kolleginnen, die sich jetzt eingearbeitet haben, was näher erläutert wird.

Im Hinblick auf Konsolidierungsmaßnahmen erwähnt **Herr Förster-Schüz**, dass die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung um 10.000,00 € reduziert wurden und die Aufwendungen für Bürobedarf um 6.000,00 €.

Herr Förster-Schüz erläutert auf Nachfrage des Herrn Edler zu den gekürzten Aufwendungen für den Bürobedarf die einzelnen Zusammenhänge, und zwar durch die Einführung des virtuellen Bauamtes und der damit verbundenen vollelektronischen Bauantragssachbearbeitung.

Herr Edler ist über die Kürzung der Mittel für die Weiterbildung irritiert, welches von **Herrn Förster-Schüz** widerlegt wird.

Gegen die Darlegungen zum Produkt Bauordnungsverfahren bestehen keine Einwände des Ausschusses, so dass auch diesen zugestimmt wird.

Dezernat IV

Straßenverkehrsamt

Produkt 122070, Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen

Produkt 122080, Kraftfahrzeugzulassung

Produkt 122100, Verkehrssicherheit/-lenkung

Produkt 122110, Verkehrsordnungswidrigkeiten

Frau Rausch stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die im Nachhinein im Ratsinformationssystem einsehbar ist, die Produkte ihres Amtsbereiches näher vor und betont, dass das Straßenverkehrsamt Pflichtaufgaben nach Weisung erfüllt, was bedeutet, dass auf Grund bundesgesetzlicher oder landesrechtlicher Normen dieser Aufgabenbereich übertragen wurde und zu erbringen ist.

Frau Rausch legt dar, dass die Erträge in den Bereichen Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen sowie Kraftfahrzeugzulassung und Verkehrsordnungswidrigkeiten gesunken, die Aufwendungen hingegen insgesamt gestiegen sind. Im Bereich Verkehrssicherheit und Verkehrslenkung konnten die Erträge gleichbedeutend wiedergegeben werden.

Frau Rausch erläutert auf Nachfrage des Herrn Edler die Zusammenhänge zwischen einerseits Reduzierung der Erträge und andererseits steigenden Aufwendungen. Hierbei geht sie insbesondere auf die Einstellung von Messpunkten auf Grund veralteter Technik im Bereich Verkehrsordnungswidrigkeiten ein, die eine deutliche Ertragsreduzierung verursachen.

Die Gründe für die Erhöhung der Aufwendungen werden von ihr mit höheren Mietkosten, steigenden Kosten für die Unterhaltung der ADV und der Messtechnik verdeutlicht.

Herr Ferdinand und **Frau Rausch** verweisen auf die strengen Maßstäbe zur Installierung eines sogenannten Blitzers.

Herr Ferdinand stellt als Frage an Frau Rausch, warum die alten Messstellen nicht durch neue ersetzt werden können. **Frau Rausch** kann dazu keine Auskunft geben, erläutert jedoch die ausschlaggebenden Gründe für die Einrichtung solcher Messpunkte.

Herr Edler erscheint es als Prüfauftrag gerechtfertigt zu sein, da es genug Orte gibt, wie z. B. an Schulen und wo ein Bedarf besteht, dass dort die Geschwindigkeit gemessen wird und Verkehrssünder auch bestraft werden.

Frau Rausch stimmt dem Ansinnen von Herrn Edler zu und wird den Sachverhalt nochmals mit dem Fachamt besprechen. In diesem findet derzeit ein Sachgebietsleiterwechsel statt.

Im Zuge dessen werden auch solche Maßnahmen angegangen, wo neue Messstellen geschaffen werden können.

Nach den erwähnten Anregungen sind keine weiteren Einwände gegen die Ausführungen zu den Produkten des Straßenverkehrsamtes vorhanden, so dass diesen zugestimmt wird.

Kataster- und Vermessungsamt

Produkt 511020, Katasterangelegenheiten

Frau Thätner, die anhand einer Power-Point-Präsentation, die im Nachgang ebenfalls im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt wird, auf das von ihr verwaltete Produkt Katasterangelegenheiten eingeht, erörtert, dass es sich hierbei durchgehend um pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben handelt. Sie erwähnt den zum Kataster- und Vermessungsamt gehörenden Gutachterausschuss und auch die anfallenden Gebühreneinnahmen für die Vermessung.

Frau Thätner betont, dass die Kataster- und Vermessungsämter bis zum heutigen Tag nach wie vor jedes Jahr mit Landesgeldern ausgestattet werden, auf die sie detailliert eingeht. Im Jahr 2025 wurde eine Steigerung eingerechnet. Die Gebühreneinnahmen werden sich im Gegensatz zu 2024 reduzieren, da sich die Bauwirtschaft in einer Krise befindet, nicht mehr so viel gebaut wird und das Kataster- und Vermessungsamt auch nicht mehr die hohe Anzahl an Vermessungen bearbeiten muss. **Frau Thätner** geht weiterhin auf die Aufwendungen mit den Personalkosten ein. Der sich ergebende Überschuss wird dann in den Kreishaushalt einfließen.

Als Konsolidierungsmaßnahme für 2025 führt **Frau Thätner** die Überprüfung des Fuhrparkes an. Sie erwähnt, dass ein Fahrzeug verkauft wurde, welches nicht mehr fahrtüchtig war und auch keinen TÜV mehr erhalten hat.

Auch den Darlegungen zum Produkt Katasterangelegenheiten wird seitens des Ausschusses zugestimmt.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Produkt 511010, Kreisentwicklung

Anhand einer Power-Point-Präsentation, die im Nachgang im Ratsinformationssystem einsehbar ist, stellt **Herr Grunert** das von ihm vertretene Produkt Kreisentwicklung näher vor. Im Sachgebiet erfolgt unter anderem die Grundlagen- und Radwegeplanung. Ein Fachbereich deckt das Geoinformationssystem ab. Auch für die Wahrnehmung der Aufgaben der Höheren Verwaltungsbehörde durch die Sachgebietsleitung gehen in einem gewissen Umfang Landesmittel zu deren Finanzierung ein. Es wird versucht, die Erträge für Prüfverfahren, die letztendlich durch die Höhere Verwaltungsbehörde beurkundet werden müssen, zu steigern.

Die Aufwendungen im Produkt kommen überwiegend durch die Bewirtschaftung der Liegenschaft („Schulpig-Haus“) zustande, in welchem sich große Teile des Amtes befinden. Diese werden im Sachgebiet Kreisentwicklung abgebildet, welches näher von **Herrn Grunert** erläutert wird.

Es wurden hauptsächlich Einsparungen in der operativen Arbeit vorgenommen, indem Aufwendungen für Entwicklungskonzepte, aber auch Kartenmaterial reduziert wurden. Die Beschaffung einer Klimaanlage für den Serverraum, der sich in den Sommermonaten stark

erwärmt und bereits in der Vergangenheit häufiger die Leistungsfähigkeit einschränkte, ist dringend erforderlich, wie auch die Beschaffung geringstwertiger Wirtschaftsgüter für die Außenstelle.

Weiterhin müssen letztmalig Pflegemaßnahmen in Höhe von 900,00 € durchgeführt werden.

Ferner ist ein straßenbegleitender Radweg von Groß Machnow – Mittenwalde geplant, worüber im Vorfeld informiert wurde und ein entsprechender Beschluss vorliegt. Es handelt sich hierbei um eine gebundene Maßnahme, genauso wie der Lückenschluss in Trebbin, wo die Planungsmaßnahmen gebunden sind und fortschreiten.

Im Sachgebiet Kreisentwicklung wurde auch ein Konsolidierungsbeitrag erbracht, nämlich mit der Aufhebung des Kreistagsbeschlusses zur Errichtung des Radweges Thyrow – Siethen, der ursprünglich mit 380.000,00 € in diesem Jahr als Investition im Haushalt enthalten war.

Herr Wylegalla fragt an, ob die Möglichkeit besteht, Personal einzusparen. Er verzeichnet in den letzten 10 Jahren fast eine Verdoppelung des Aufwuchses. **Herr Wylegalla** geht auf die angesprochene Fahrradwegeförderung ein. Da er annimmt, dass in den nächsten Jahren aus Kostengründen keine Fahrradwege mehr gebaut werden, fragt er an, ob eventuell durch Auslauf von Verträgen bei der Generation, die absehbar in näherer Zeit in Rente geht, die Möglichkeit besteht, die Personalkosten zu senken.

Frau Wehlan geht hierzu detailliert auf das Haushaltssicherungskonzept, die Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung, die Vorbereitung der Stellenplanung, die Personalstruktur, die Konsolidierungsmaßnahmen, den Wegfall und das Hinzukommen von Aufgaben ein.

Herr Grunert bezieht sich hier u. a. auf die Themen Radwege, Windkraft und die Gewerbegebiete im Landkreis.

Frau Reiter verweist auf die Aufgaben der Höheren Verwaltungsbehörde und die Verringerung von Prüffristen von 3 Monaten auf 1 Monat. Sie geht näher auf die Klimaschutzgesetze, die Verfahren zu Freiflächen-Photovoltaikanlagen, zum Bundesimmissionsschutzgesetz und den Windkraftanlagen ein.

Herr Edler lässt anschließend die Ausschussmitglieder über beide Beschlussvorlagen wie folgt abstimmen:

- Haushaltssatzung 2025 mit ihren Bestandteilen und Anlagen (Nr. B-7-5553/25-I)

Die Haushaltssatzung wird mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig empfohlen.

- Prioritätenliste der investiven Maßnahmen (Nr. B-7-5555/25-I)

Der Kreistag beschließt die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2025 mit Einzahlungen in Höhe von 32.682.620 Euro und Auszahlungen in Höhe von 42.727.940 Euro.

Die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2025 wird mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich vom Ausschuss empfohlen.

Herr Wylegalla äußert nach der Abstimmung seine grundsätzliche Kritik an der Herangehensweise zum Schulbau. Daher fragt er nochmals an, ob die Container, die als Zwischenlösung dienen, gekauft wurden oder gemietet sind. Er ist der Ansicht, dass diese ein

bisschen länger stehenbleiben könnten und spricht dabei Herrn Ferdinand an. **Herr Wylegalla** geht davon aus, dass diese Container 10 bis 20 Jahre haltbar sind.

Frau Leistner bestätigt erneut, dass die Container gekauft wurden, gibt jedoch zu bedenken, dass natürlich immer auch die Schülerzahlentwicklung langfristig zu betrachten ist.

Herr Ferdinand geht intensiv auf den Grundschul- und Oberschulbereich und deren Entwicklungen ein.

Herr Pape, der in Ludwigsfelde wohnhaft ist, begrüßt es, dass am dortigen Saefkowing die Schule abgerissen und neu gebaut werden soll, da ansonsten wirklich gutes Geld in ein schlechtes Gebäude versenkt werden würde, wenn man dort sanieren würde.

Seine Frage besteht darin, was mit den am Oberstufenzentrum (OSZ) aufgestellten Modulen passiert, nachdem die Oberschule dort auszieht. Er fragt daher an, was mit den gekauften Modulen geplant ist.

Weiterhin gibt **Herr Pape** zu bedenken, dass bei den Grundschulen in Ludwigsfelde extra auf Nachhaltigkeit geachtet wurde. Diese wurden so konzipiert, dass sie, wenn wirklich der Bedarf wegen der Schülerzahlen nicht mehr besteht, diese dann auch für altersgerechtes Wohnen, als Pflegeheime, weiterführenden Schulbau o. ä. problemlos umgewidmet werden können.

Herr Ferdinand bewertet es positiv, dass der Standpunkt des Landkreises in Bezug auf den Schulneubau unterstützt wird und führt näher dazu aus.

Frau Wehlan geht ebenfalls detailliert auf das Thema Nachhaltigkeit ein. Sie erwähnt dazu die Anschaffung von mobilen Klassenzimmern, die wirtschaftliche Entwicklung, die Prognose zu den Einwohnerzuwachsen und den sogenannten Geburtenknick.

Anträge

TOP 9

Antrag der AfD-Fraktion - Resolution - Keine weiteren Windräder im Landkreis Teltow-Fläming! (AN-7-5516/24-KT)

Herr Edler übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schulze, da er den von seiner Fraktion eingereichten Antrag gern begründen möchte.

Frau Schulze ruft den Tagesordnungspunkt nochmals auf und bezieht sich auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung, die darauf hingewiesen hat, dass der Antrag mangels Zuständigkeit des Kreistages unzulässig ist.

Herr Edler gibt zur Kenntnis, dass seine Fraktion die Rechtsauffassung der Landrätin nicht teilt, dass der Kreistag dafür unzuständig ist. Er betont, dass es sich hierbei eindeutig um eine Resolution handelt, die zu den unterschiedlichsten Sachverhalten möglich ist. Es soll dabei nur um eine Willensbekundung des Kreistages gehen, wie er in Zukunft auf Windradausbau, Ziele und Projekte reagiert.

Herr Edler weist insbesondere darauf hin, dass im Regionsgebiet, welches aus den Landkreisen Teltow-Fläming, Potsdam-Mittelmark und Havelland besteht, unser Landkreis ein 1/3 des Regionsgebietes einnimmt, jedoch 2/3 aller Windkraftgebiete im Landkreis Teltow-Fläming liegen. **Herr Edler** sieht hierfür keine sachliche Begründung.

Er geht verstärkt auf den Bereich Dahme/Mark ein, der seiner Ansicht für Touristik bereits gar nicht mehr nutzbar erscheint. Auch auf die physikalischen Gegebenheiten zur Destabilisierung der Energieversorgung und das zunehmende Erfordernis nach aufwändigeren Maßnahmen zur Netzstabilisierung weist **Herr Edler** hin.

Da zur Thematik keine weiteren Fragen vorliegen, lässt Frau Schulze den Ausschuss über den Antrag der AfD-Fraktion – Resolution – Keine weiteren Windräder im Landkreis Teltow-Fläming! (AN-7-5516/24-KT) abstimmen, der mit 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt wird.

Frau Schulze übergibt anschließend dem Ausschussvorsitzenden, **Herrn Edler**, wieder das Wort. Dieser beendet damit die Sitzung, bedankt sich bei den Anwesenden für deren konstruktive Mitarbeit, wünscht allen einen schönen Feierabend und guten Heimweg.

Luckenwalde, den 03.09.2025

Edler
Vorsitzender

Mehlis
Schriftführerin